

# Protokollauszug

## aus der

### 29. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen vom 23.11.2022

---

öffentlich

#### **Top 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam**

Herr Schmidt erläutert anhand einer Präsentation (Anlage) die derzeitige Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam unter Darlegung der Auswertung der Steuerschätzung November 2022.

In der anschließenden Diskussion werden folgende Fragen formuliert. Herr Exner und Herr Schmidt nehmen Stellung bzw. beantworten diese.

Herr Zimmermann erkundigt sich nach der Realisierung der Planzahlen Gewerbesteuer der vergangenen Jahre.

Herr Wobeto fragt nach der vorgesehenen Steuer-Planung für die Haushaltsjahre 2023/2024 und führt aus, dass er Informationen betr. der Ist-Zahlen November 2022 und der Vorausschau 2023 erwartet hätte.

Herr Dr. Bauer spricht die allgemeinen Steigerungen der Kosten – Inflationsrate – an und bittet um Information betr. möglicher Auswirkungen auf das Kreditwesen. Bei bestehenden Krediten mit Zinsbindung werden diese nicht gesehen. Vorgeschlagen wird, die Frage konkret im Werksausschuss KIS zu stellen.

Herr Dr. Wegewitz erkundigt sich, ob es vom bisher dargestellten Zeitplan für die Haushaltsplanaufstellung 2023/2024 Abweichungen geben wird.

Herr Exner informiert zum Sachstand der Vorbereitungen:

- Erste interne Runde mit den Geschäftsbereichen unter den bekannten Gegebenheiten (Pandemie, Flüchtlingsaufnahme, Auswirkungen Krieg, usw.) ist abgeschlossen.
- Nach Auswertung wurde sich für eine zweite Runde im Dezember verabredet.
- Zum Zeitplan: Nach derzeitigem Stand wird davon ausgegangen, dass die Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2023/2024 Ende des I. / Anfang des II. Quartals 2023 erfolgen könnte, um die Beschlussfassung noch vor der Sommerpause zu erreichen.

Herr Dr. Scharfenberg nimmt Bezug auf die Vorschriften der Kommunalverfassung betr. Einbringung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung für das Folgejahr bzw. bei einem Doppelhaushalt die Folgejahre und erinnert an die Verabredung, durch Zwischeninformationen auf die Haushaltsplanung vorbereitet zu sein bzw. ggf. Einfluss insbesondere bei Vorschlägen zu möglichen Sparmaßnahmen nehmen zu können.

Herr Zimmermann führt aus, dass die Haushaltsplanaufstellung immer mit Unsicherheiten verbunden sei.

Herr Exner bestätigt die Ausführungen und die beschlossenen Handlungsfelder, die über das Jahr 2022 weiter gelten.

Herr Bauer erkundigt sich abschließend nach der Notwendigkeit eines Nachtragshaushaltes.



# Finanzausschuss

*23. November 2022*



# TOP 3 – Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

# Ergebnishaushalt: Allgemeine Zuweisungen im Jahr 2022



Landeshauptstadt  
Potsdam

Zuweisungen von Bund und Land	Plan 2022	Ergebnis zum 31.10.2022	Prognose zum 31.12.2022	Differenz Prognose-Plan
Schlüsselzuweisungen vom Land	156.196.500	159.118.848	159.118.848	2.922.348
Familienleistungsausgleich	9.440.500	9.659.439	9.659.439	218.939
Zuweisung als Ausgleich übertragener Aufgaben	12.908.700	12.767.025	12.767.025	-141.675
Schullastenausgleich	7.981.100	8.100.222	8.100.222	119.122
Leistungen 4. Gesetz für mod. Dienstleistungen	5.166.000	5.014.412	5.014.412	-151.588
Leistungen Sonderbedarf § 15 FAG	9.982.800	9.689.860	9.689.860	-292.940
Jugendhilfelausgleich	1.300.000	1.249.600	1.249.600	-50.400
Ausgleich Steuermindereinnahmen Corona	2.826.400	0	0	-2.826.400
<b>Summe (EUR)</b>	<b>205.802.000</b>	<b>205.599.406</b>	<b>205.599.406</b>	<b>-202.594</b>

keine Veränderung gegenüber der Prognose zum letzten Finanzausschuss am 22.06.2022

# Ergebnishaushalt: Steueraufkommen 2022 (in EUR)



Landeshauptstadt  
Potsdam

Monatsvergleich der wichtigsten Erträge u. Aufwendungen	Plan 2022	Ergebnis zum 31.10.2022	Differenz Ergebnis-Plan	Prognose zum 31.12.2022	Differenz Prognose-Plan
Grundsteuer	23.826.000	23.127.492	-698.508	<b>23.826.000</b>	0
Gewerbesteuer (brutto)	111.500.000	96.504.882	-14.995.118	<b>111.500.000</b>	0
Gewerbesteuerumlage*	-8.440.000	*-7.423.452	1.016.548	<b>-8.440.000</b>	0
<b>Gewerbesteuer (netto)</b>	103.060.000	89.081.430	-13.978.570	<b>103.060.000</b>	0
Einkommensteuer**	89.000.000	66.379.569	-22.620.431	<b>89.000.000</b>	0
Umsatzsteuer**	17.300.000	13.707.016	-3.592.984	<b>***18.406.872</b>	1.106.872
sonstige Steuern	3.156.000	3.522.809	366.809	<b>3.522.809</b>	0
Erstattungszinsen	-965.000	-70.076	894.925	<b>-965.000</b>	0
Nachzahlungszinsen	1.500.000	162.420	-1.337.581	<b>1.500.000</b>	0
Spielbankabgabe	240.000	117.829	-122.171	<b>240.000</b>	0
Verspätungszuschläge	5.000	44.995	39.995	<b>44.995</b>	39.995
<b>Summe (EUR)</b>	<b>237.122.000</b>	<b>196.073.484</b>	<b>-41.048.516</b>	<b>238.635.676</b>	<b>1.146.867</b>

\* Rechnerische Ermittlung mit Stand 31.10.2022

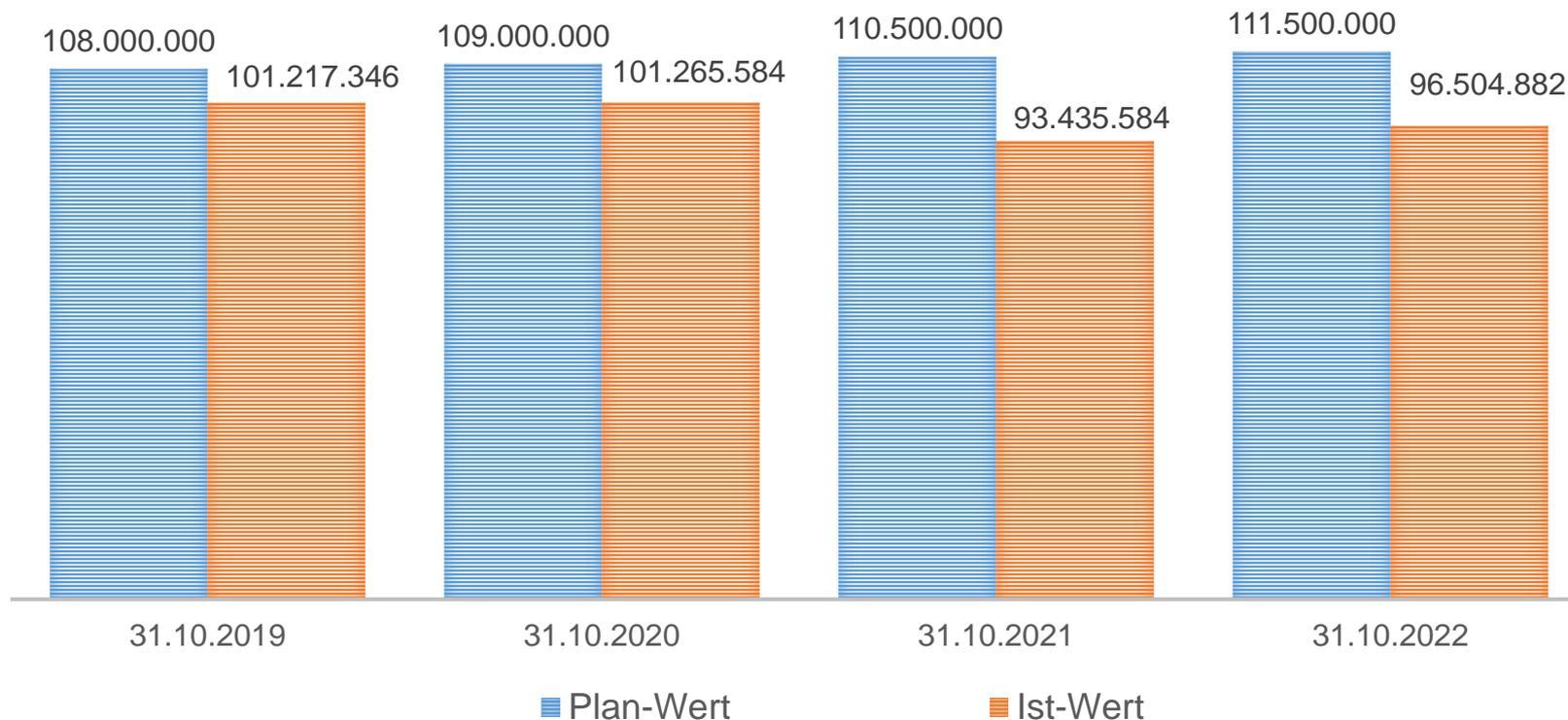
\*\* Stand: Mitteilung über Abschlüsse für das I., II. und III. Quartal (zuletzt gemäß Mitteilung vom 21.10.2022 bzw. 10.10.2022)

\*\*\* Einbeziehung Abschlagszahlung für das IV. Quartal gemäß Mitteilung vom 10.10.2022

# Entwicklung des Gewerbesteuerertrags im Vergleich zu den Planwerten – jeweils zum 31. Oktober



## Gewerbesteuerertrag (brutto, in EUR)\*



\* Produkt 6110200.4013100 in EUR (Brutto = ohne Berücksichtigung der Gewerbesteuerumlage)



# Auswertung der Steuerschätzung November 2022

# Auswertung Steuerschätzung November 2022 - Allgemein



Landeshauptstadt  
Potsdam

Christian Lindner, Bundesfinanzminister anlässlich der Vorstellung der Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzungen am 27.10.2022:

**„Die aktuellen Schätzergebnisse sind geprägt von hoher Unsicherheit.“**

Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages in der Pressemitteilung vom 27.10.2022 zu den Ergebnissen der Steuerschätzung:

**„Wir alle spüren die Inflation in unseren Geldbeuteln: Rasant steigende Preise belasten die Haushalte. Auch die Städte sind massiv von den steigenden Preisen betroffen. Die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung bedeuten deshalb nicht, dass sich die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden verbessert. Lediglich auf dem Papier haben die Städte ein Mehr an Steuereinnahmen. In der Realität können sie aber weniger kaufen. Die Inflation und steigende Kosten fressen die Zugewinne auf.“**

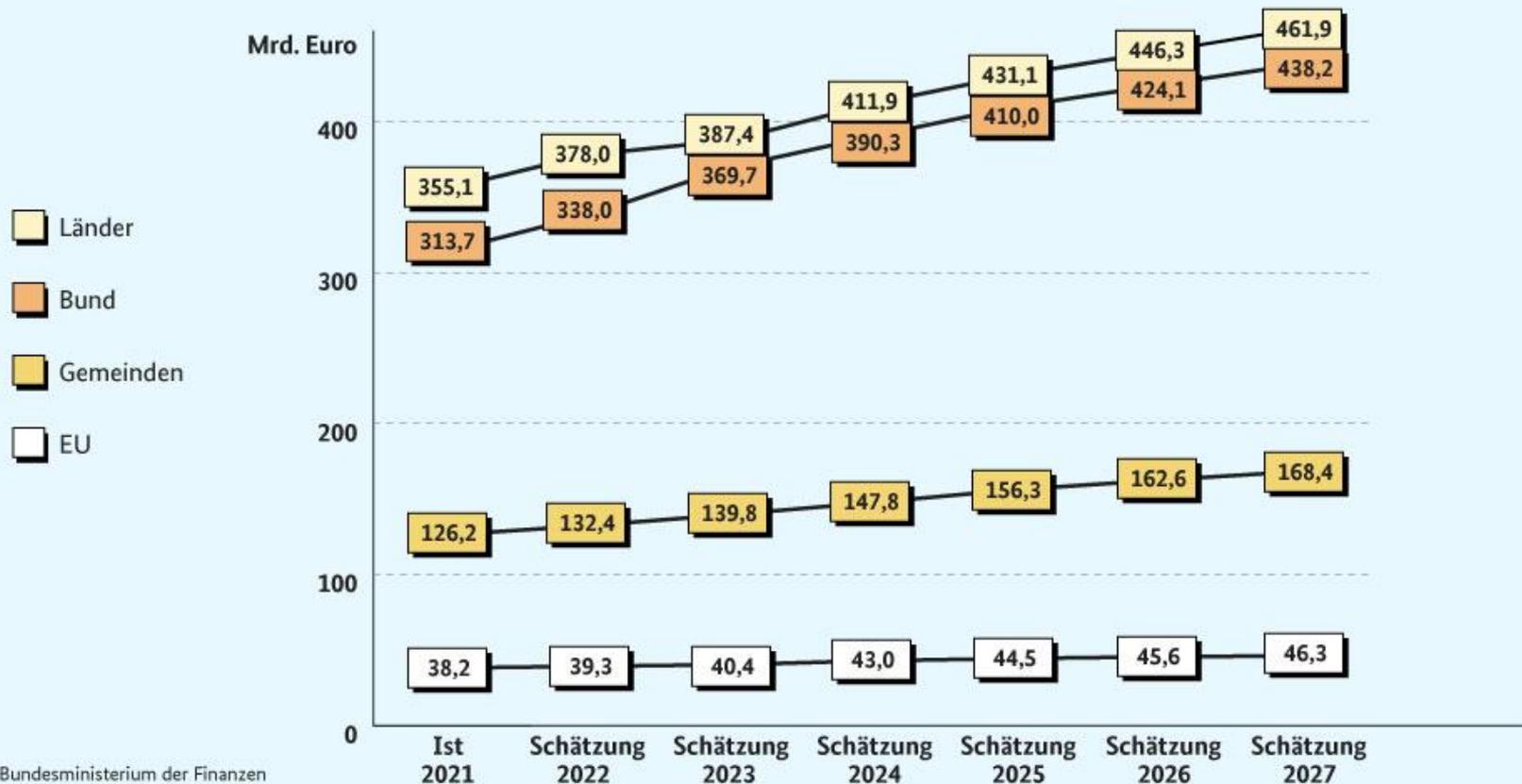
- Schätzungsprämissen, u.a. :
  - Herbstprojektion der Bundesregierung als Basis
  - Geltende Rechtsgrundlagen inklusive der wirtschaftlichen Auswirkungen des Vierten Corona-Steuerhilfegesetzes und des Steuerentlastungsgesetzes sind berücksichtigt
  - Keine Berücksichtigung des geplanten Inflationsausgleichsgesetzes sowie des Jahressteuergesetzes

(Quelle: PM Bund zur Herbstschätzung, „Grundlagen der Steuerschätzung“ S. 2f)

# Auswertung Steuerschätzung November 2022 - Allgemein



## ERGEBNIS DER 163. SITZUNG DES ARBEITSKREISES „STEUERSCHÄTZUNGEN“ VOM OKTOBER 2022

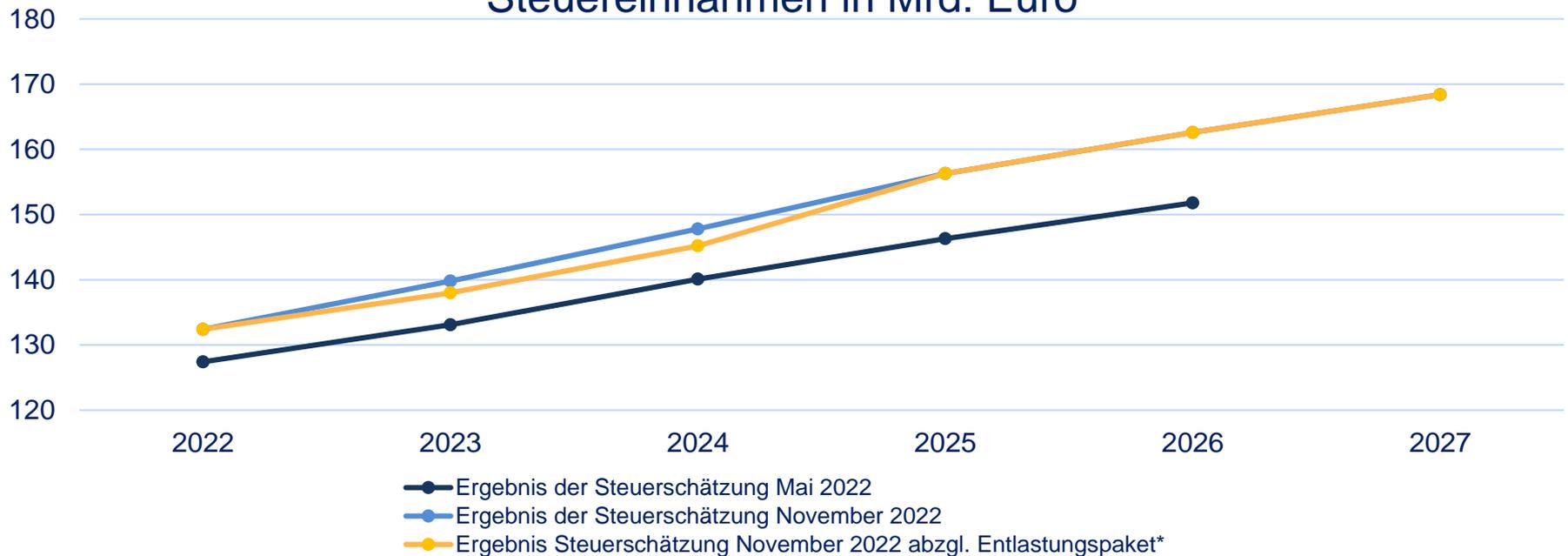


© Bundesministerium der Finanzen

# Auswertung Steuerschätzung November 2022 - Gemeinden in Deutschland



## Steuereinnahmen in Mrd. Euro



In Mrd. €	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Steuerschätzung 05/2022	127,4	133,1	140,1	146,3	151,8	-
Steuerschätzung 11/2022	132,4	139,8	147,8	156,3	162,6	168,4
Aufwand Steuerentlastungspaket*	0	1,8	2,6	0	0	0
Steuerschätzung 11/2022 abzgl. Entlastungen	132,4	138,0	145,2	156,3	162,6	168,4

\* Vorläufige Quantifizierung der geplanten Veränderung des Einkommensteuertarifs [noch nicht abgeschlossenes Gesetzgebungsverfahren, Quelle: Deutscher Städtetag, Schreiben vom 27.10.2022]

# Auswertung Steuerschätzung November 2022 - Hintergrund

---



- Steuerprognose für Gemeinden liegt über den Erwartungen aus der Mai-Schätzung – Ursache ist insbesondere die gestiegene Inflationserwartung und damit als Grundlage ein höheres, an aktuellen Preisen gemessenes Wirtschaftsvolumen
- Inflationsbereinigt steigt das BIP 2022 um 1,4%, für 2023 wird eine Minderung um 0,4% erwartet, für 2024 ein Anstieg um 2,3%
- Ab 2024 erwartet die Bundesregierung bei moderaten Inflationsraten eine zügige Normalisierung der konjunkturellen Lage mit Wachstumsraten, die im Wesentlichen dem langjährigen Trend entsprechen
- Anhand der Regionalisierung der Steuereinnahmen für die Jahre bis 2027, wird es als sehr unwahrscheinlich eingestuft, dass die Einnahmeentwicklung der brandenburgischen Kommunen den erwarteten Preisanstiegen entspricht